V3 Integration statt Repression – Bezahlkarte abschaffen

Antragsteller*in: Ronja Thiede (KV Rostock)
Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

Seit Anfang des Jahres wird sie auch in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt: die Bezahlkarte für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Auch wenn die konkreten Regelungen in den Kommunen und den beiden Landeseinrichtungen unterschiedlich ausfallen, zeigt sich bereits kurz nach der Einführung: Das System ist repressiv. In vielen Regionen gelten pauschale Bargeldlimits – teilweise gestaffelt nach Aufenthaltsstatus. Das lehnen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern entschieden ab.

Die ohnehin eingeschränkte soziale Teilhabe von Asylbewerber*innen und Geduldeten wird durch den begrenzten Bargeldzugang noch weiter eingeschränkt – und damit auch ihre Integrationschancen. Soziale Teilhabe ist jedoch ein zentraler Bestandteil gelingender Integration.

Die derzeitige Umsetzung entlastet auch die Kommunen nicht wirklich. Zwar entfallen vielerorts die Bargeldauszahlungen durch Ämter, was grundsätzlich positiv ist – gleichzeitig führt die Notwendigkeit, Überweisungen und Daueraufträge durch Behörden genehmigen zu lassen, zu neuem bürokratischem Aufwand in erheblichem Maße. Besonders kritisch sehen wir, dass hiervon in einigen Kommunen auch Zahlungen an Anwält*innen betroffen sind, wodurch das Recht auf Rechtsbeistand massiv gefährdet wird. Wir fordern die Landesregierung daher auf, umgehend zu handeln: Überweisungen müssen mit der Bezahlkarte uneingeschränkt möglich sein. Auch sollte es keine Einschränkungen bei der Auszahlung des Bargelds mehr geben.

Seit 2016 hat in Deutschland jeder – unabhängig von der Herkunft – ein Recht auf ein Konto, sofern eine Meldeadresse vorliegt. Daher setzen wir uns als GRÜNE dafür ein, dass das Land den Kommunen ermöglicht, Leistungen nach dem AsylbLG direkt auf Konten der Leistungsempfängerinnen zu überweisen. Das wäre eine echte Entlastung – für die Verwaltung wie auch für die Betroffenen.

Solidarität mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zum Gutscheintausch: Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit allen Menschen, die sich diesem repressiven System entgegenstellen – etwa durch Gutschein-Tausch, um Geflüchteten mehr Handlungsfreiheit zu ermöglichen. Die von der Union angestrebten Verbote solcher Unterstützungsformen lehnen wir entschieden ab.

Begründung

Die Bezahlkarte wurde Anfang des Jahres zunächst in den Erstaufnahmeeinrichtungen Nostorf-Horst und Stern Buchholz eingeführt und wird nun schrittweise in weiteren Kommunen des Landes etabliert. Häufig kommt dabei der Anbieter "Yoursafe" zum Einsatz, dessen App jedoch weder im Android- noch im Apple-Store gut bewertet wird. Ursprünglich sollte die Bezahlkarte verhindern, dass Geflüchtete Bargeld ins Ausland überweisen. Doch laut Statistiken tun dies lediglich 7 % der Empfänger*innen – was angesichts der niedrigen Regelsätze im AsylbLG wenig überraschend ist. Ein weiteres Ziel war die Entlastung der Verwaltung – tatsächlich entstehen jedoch neue bürokratische Hürden. Die Ausgestaltung der Bezahlkarte in Mecklenburg-Vorpommern lässt den Eindruck entstehen, dass Abschreckung ein zentrales Motiv war. Doch Repression schreckt nicht von Flucht ab – sie erschwert lediglich die Integration geflüchteter Menschen in unsere Gesellschaft.

Unterstützer*innen

Carolin Roth (KV Rostock); Clemens Wloczka (KV Rostock); Peter Madjarov (KV Vorpommern-Greifswald); Andreas Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Henning Wüstemann (KV Rostock); Peter Beblein (KV Rostock); Silvia Schlage (KV Rostock); Mohammad Aman Anosh (KV Rostock); Solvej Reinfelder (KV Rostock); Dirk Rüdiger (KV Rostock); Diana Stercl (KV Rostock); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); René Fuhrwerk (KV Nordwestmecklenburg); Anett Kindler (KV Vorpommern-Rügen); Lea Wolff (KV Vorpommern-Rügen); Tjaard Behrens (KV Rostock); Klara Hansen (LV Grüne Jugend Mecklenburg-Vorpommern); Jan Trunczik (KV Rostock); Annett Hansen (KV Rostock); Barbara-Marie Mundt (KV Ludwigslust-Parchim); Antje Brandt (KV Ludwigslust-Parchim); Julian Schröer (KV Rostock); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Pamela Dorsch (KV Vorpommern-Rügen); Steffi Rühlemann (KV Rostock); Henryk Henning (KV Vorpommern-Greifswald); Sebastian Hüller (KV Landkreis Rostock); Tobias Krug (KV Rostock); Franka Pohl (KV Rostock); Falk Pollehne (KV Nordwestmecklenburg); René Fuhrwerk (KV Nordwestmecklenburg); Denis Wermuth (KV Vorpommern-Rügen); Tommy Klein (KV Ludwigslust-Parchim); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Theresa Dietrich (KV Rostock); Christoph Jendersie (KV Mecklenburgische Seenplatte); Irene Menke (KV Nordwestmecklenburg); Rebecca Kreidemeier (KV Vorpommern-Greifswald); Luzie Stroschein (KV Vorpommern-Greifswald); Corinna Stöckinger (KV Ludwigslust-Parchim); Laura Popin (KV Vorpommern-Rügen); Antje Dobers (KV Rostock); Sandra Kothe-Woywode (KV Vorpommern-Rügen); Lena Eckert (KV Vorpommern-Greifswald); Fabian Gründler (KV Vorpommern-Greifswald)